

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1684

erste Lesung

Sowie:

Steuertreiberei der rot-grünen Landesregierung aufhalten – Das Gemeindefinanzierungsgesetz darf nicht zu Lasten einer einwohner- und wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik verändert werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1679

Ich weise noch auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1746 zum GFG und zum Haushaltsgesetz 2011 hin.

Einige weitere Hinweise zum Ablauf der Beratung:

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen. Nach Beendigung der Beratung über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über die Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz stimmen wir morgen vor der Gesamtabstimmung ab. Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan 2011 in zweiter Lesung erfolgt ebenfalls morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr findet an beiden Tagen keine Abstimmung statt.

Die Haushaltsplanberatungen werden heute nach Beratung des Einzelplanes 01 unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke in Drucksache 15/1684 sowie über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1679 werden wir morgen nach Schluss der Haushaltsplanberatungen abstimmen.

Ich rufe zunächst das Gemeindefinanzierungsgesetz auf, aber es gibt vorher eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von der Fraktion Die Linke. Bitte schön, Herr Abgeordneter Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linke stellt einen Geschäftsordnungsantrag, der lautet: Die Fraktion Die Linke beantragt, dass zu den einzelnen Haushaltsplänen und zum Gesamthaushalt 2011 in der zweiten Lesung keine Abstimmung stattfindet.

Die von der Landesregierung ausgebrachte globale Minderausgabe, die zudem noch durch einen Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses auf über 500 Millionen € erweitert wurde, muss zunächst in ihren Auswirkungen vor einer Beschlussfassung von der Landesregierung konkret erläutert werden. Zudem gibt es aufgrund der aktuellen steuerlichen Entwicklung keine realistische Möglichkeit zur Beurteilung der Neuverschuldung des Landeshaushalts. Inwieweit eine Überschreitung der Verfassungsgrenze vorliegt, lässt sich derzeit nicht beurteilen.

Aus den genannten Gründen kann aus unserer Sicht keine Abstimmung stattfinden. Wir möchten das Verfahren schieben in den nächsten HFA, haben aber nicht die Absicht, das Haushaltsverfahren zu verzögern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Geschäftsordnungsantrag** der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der CDU, der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP **abgelehnt**.

Ich rufe nun auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1717, eröffne die Beratung und gebe für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Aus einem sehr traurigen Grund heraus ist seit mehr als einem Monat das Wort „Halbwertszeit“ wieder in das Bewusstsein vieler Menschen gerückt. Eine Halbwertszeit gibt es allerdings nicht nur für Radioaktivität – das habe ich beim Nachschlagen gelernt –, sondern auch für Literatur; das nennt sich dann bibliometrische Halbwertszeit.

Nun ist der gemeinsame Beschluss des Landtages vom 29. Oktober 2010 zur Handlungs- und Zukunftsfähigkeit nordrhein-westfälischer Kommunen wohl schwerlich unter die Rubrik Literatur einzuordnen; eine Publikation ist er jedoch allemal. Gerade weil das heute zu diskutierende Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 bereits in der Debatte vom Oktober 2010 eine große Rolle spielte, ist es angebracht,

einige der damals getroffenen Aussagen auf ihre Halbwertszeit hin zu untersuchen.

Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit gegenüber unseren Kommunen haben im Oktober 2010 eine große Rolle gespielt. Sie haben in den Städten und Gemeinden die eine Hoffnung geweckt: Jetzt haben die Parteien, jetzt hat der Landtag, jetzt hat die Landesregierung verstanden, dass die desaströse kommunale Finanzlage gemeinsames und konzentriertes Handeln erfordert. Begründen kann man diese Hoffnung mit den Worten der Ministerpräsidentin aus der Debatte vom 29. Oktober 2010:

„Es muss Schluss sein mit dem Herausschieben notwendiger Entscheidungen. Die Zeit der Sonntagsreden ist angesichts dieser dramatischen Lage schlicht und einfach vorbei.“

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

„Da reden wir über den Stärkungspakt Stadtfinanzen, den wir schon mit dem Haushalt 2011 umsetzen wollen.“

Für diejenigen, die mit der Materie nicht so vertraut sind, der Hinweis: Gemeint war nicht der „Aktionsplan Kommunal Finanzen“ der SPD, der nach den Sommerferien 2010 wirksam werden sollte, sondern der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, dessen Kerninhalt wie folgt beschrieben wird: „Ziel des Paktes ist die Entlastung dieser Gemeinden um die Zinslasten und Tilgung für Altschulden.“

Ich stelle heute, bei der zweiten Lesung des Haushaltes 2011, zur Halbwertszeit Ihrer damaligen Aussage, Frau Ministerpräsidentin, fest: Eine Substanz ist kaum noch feststellbar. Die Verwirklichung einer Zins- und Tilgungshilfe für die notleidenden Kommunen in Nordrhein-Westfalen liegt in weiter Ferne. Ich will nicht kleinlich sein und die Veröffentlichung des Gutachtens von Junkernheinrich und Lenk ansprechen, die Sie uns nach der angesprochenen Debatte für November 2010 zugesagt haben. Sie wurde erst am 8. März Wirklichkeit. Dafür mag es ja uns unbekannt Gründe geben.

Aber das Zögern und Hinausschieben jetzt notwendiger Entscheidungen – fast könnte man sagen: das Aussitzen – durch diese Landesregierung und die Regierungsfractionen bei den Zins- und Tilgungshilfen für Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist für diese zu einem unkalkulierbaren Risiko geworden.

Sie, Herr Kommunalminister, haben am 29.10. gesagt – Zitat –:

„Die Konsolidierung wirklich anzugehen, das nehme ich heute als Auftrag des Parlamentes mit. Es ist außerordentlich wichtig, dass der hier vorgelegte Antrag als Auftrag an die Landesregierung verstanden wird, ... auch mit dem Haushaltsentwurf des Jahres 2011 die Grundlagen dafür zu legen, mit den Landesmitteln, mit der Beteiligung der Kommunen ... einen Konsolidierungsweg einzuschlagen. Das muss in den

Haushaltsentwurf eingearbeitet werden. Das werden wir tun.“

Gerade einen Konsolidierungsweg für notleidende Kommunen, sehr geehrter Herr Jäger, haben Sie und die Landesregierung uns bislang nicht – schon gar nicht im GFG 2001 – aufgezeigt. Sie sagten: „Das werden wir tun.“ – Getan haben Sie bisher nichts.

Bei dieser Aussage von einer Halbwertszeit zu sprechen, wäre vermessen. Von der Substanz ist heute leider kaum etwas festzustellen. In der vorherigen Legislaturperiode, sehr geehrter Herr Jäger, haben Sie gemeinsam mit Herr Körfges uns mehr als einmal vorgeworfen, wir würden dem zahlenmäßigen Anstieg der Nothaushalte und Haushaltssicherungskommunen tatenlos zusehen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Und das zu Recht!)

Nun schaffen Sie ein Gesetz – das ist eine ganz andere Qualität, Herr Körfges –, das durch Veränderungen einiger Parameter wie zum Beispiel dem Soziallastenansatz dazu führt, dass bisher gesunde Kommunen durch extreme Verluste in den Schlüsselzuweisungen in den Nothaushalt durchgereicht werden und Kommunen, die sich bereits im Nothaushalt befinden, trotz erheblicher Zuwächse bei diesen Zuweisungen keine Chance haben, ihre Struktur zu verbessern.

(Beifall von der CDU)

Welchen Sinn, meine Damen und Herren der Regierungsfractionen, hat ein solches Gesetz? Führen Sie sich doch noch einmal die Kernsätze des Gutachtens von Junkernheinrich und Lenk vor Augen: Wenn wir nichts tun und eine günstige Entwicklung voraussetzen, steigen die Kassenkredite bis 2020 auf rund 43 Milliarden €. Schon bei einer minimal schlechteren Bedingung landen wir 2020 bei über 70 Milliarden €. Die strukturelle Finanzierungslücke in den NRW-Kommunen bis 2020 beträgt derzeit rund 40 Milliarden €. Sie wächst mit jedem Tag der Untätigkeit.

Auch dank der tatkräftigen Unterstützung von Norbert Röttgen haben wir beim Bund mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter einen ersten Erfolg im Sinne unseres gemeinsamen Beschlusses erreicht.

(Beifall von der CDU)

Das ist nichts, meine Damen und Herren, worauf man sich ausruhen dürfte, aber mehr als ein Anfang zur Deckung der strukturellen Lücke.

Meine CDU-Fraktion macht Ihnen mit dem vorgelegten Änderungsantrag zum Haushalt heute den konstruktiven Vorschlag, aufgrund der Dringlichkeit des Problems schon in diesem Haushalt 650 Millionen € nach Maßgabe eines Sondergesetzes für Zins- und Tilgungshilfen einzusetzen.

(Beifall von der CDU)

Wir bleiben damit exakt bei dem, was unser Fraktionsvorsitzender Karl-Josef Laumann in der Sondersitzung im Oktober angekündigt hatte, bei dem, was wir eigentlich doch miteinander verabredet hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mit zwei Aussagen aus der Debatte vom 29.10.2010 schließen, von denen ich im Sinne unserer Kommunen hoffe, dass sie keine Halbwertszeit besitzen.

Zum einen sagte Herr Römer – Zitat –:

„... lassen Sie uns das nicht von vornherein landespolitisch konditionieren, sondern lassen Sie uns offen darüber reden, wie wir gemeinsam unsere Kommunen möglichst effektiv unterstützen können.“

Zum anderen beendete Frau Kraft ihre damalige Rede unter anderem mit den Worten – Zitat –:

„Lassen Sie uns gemeinsam das Signal senden, dass die Kommunen in diesem Land ... nicht alleine sind.“

Meine Damen und Herren, eines ist klar: Geschlossenheit ist die Voraussetzung dafür.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, verbauen Sie keine gemeinsam gangbaren Wege durch Vorfestlegungen und Konditionierungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2011!

(Beifall von der CDU)

Handeln Sie jetzt und bringen Sie mit uns gemeinsam endlich die dringend notwendige Zins- und Tilgungshilfe auf den Weg! Verzetteln Sie sich nicht im Klein-Klein einzelner Mosaiksteinchen, sondern arbeiten Sie mit uns gemeinsam an einem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012, das als Basis für einen neuen und gerechten Weg des Finanzausgleichs für unsere Kommunen eine verlässliche Planungsgrundlage für das nächste Jahrzehnt bietet!

Mit dem gemeinsamen Beschluss des Landtags vom 29.10.2010 wurde dem Thema „Kommunalfinanzen und Hilfen für unsere Kommunen“ eine angemessene Überparteilichkeit zuteil. Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, haben es heute in der Hand, durch eine kluge und nicht landespolitisch konditionierte Entscheidung beim GFG 2011 diesen Weg fortzusetzen und das Signal der Geschlossenheit und Entschlossenheit zu erneuern. Die CDU- Fraktion kann und wird allerdings dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 in der vorgelegten Form nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löttgen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Herter.

Marc Herter (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Löttgen, Sie haben recht: Die Lage ist für parteipolitische Spielchen auf dem Rücken der Kommunen zu ernst. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, würden Sie diese parteipolitischen Spielchen auf dem Rücken der Kommunen hier im Hohen Hause nicht machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

20 Milliarden € Kassenkredite und ein Plus von 2,4 Milliarden € jedes Jahr sprechen eine deutliche Sprache und machen die Notlage der Kommunen mehr als offensichtlich.

Die Opposition aus CDU und FDP nutzt aber eine rein statistische Datenanpassung dafür, die Kommunen gegeneinander in Position zu bringen und auszuspielen. Sie – auch Sie gerade wieder, Herr Löttgen – konstruieren einen Gegensatz zwischen Stadt und Land, von dem selbst der Landkreistag sagt, dass er schlicht falsch ist. Das ist verantwortungslos und schadet der Sache der Kommunen insgesamt.

Festzuhalten bleibt – so viel auch zur Frage der Untätigkeit, Herr Löttgen –: plus 673 Millionen € bei Rot-Grün im Vergleich zu Schwarz-Gelb. Der Raubzug zugunsten des Landes durch die kommunalen Kassen ist beendet. 3,1 Milliarden € haben Sie in Ihren fünf Regierungsjahren den Kommunen entzogen.

Drittens gilt auch: Den Mut, eine gerechte Verteilung in das GFG zu legen, haben wir. 8 Milliarden €! Ja, die Decke ist trotzdem zu kurz. Aber wir wissen alle, warum. Es geht um die Sozialtransferzahlungen. Der Landtagsbeschluss am 29. Oktober 2010 ist angesprochen worden. Das, was der Bund nicht trägt, schlägt bei den Kommunen auf und wird bei einem bedarfsorientierten Gemeindefinanzausgleich selbstverständlich auf alle umverteilt. Genau das ist das Geheimnis des steigenden Soziallastenansatzes im GFG.

Was mich wirklich ärgert, ist: Sie wissen das und reden trotzdem dagegen. Sie hatten selbst nicht den Mut, anzupassen, und zeigen jetzt mit dem Finger auf andere. Sie sind auch ohne jede Alternative zu diesen Maßnahmen im GFG. Einen entsprechenden Änderungsantrag habe ich jedenfalls im Hohen Hause noch nicht gesehen.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade knappe Mittel müssen gerecht verteilt werden. Während Sie noch das Recht verteidigen, nach alten Zahlen – Stichwort: 1999 – abgerechnet zu werden, sind wir doch alle gemeinsam schon viel weiter. Das MIK diskutiert doch längst mit den kommunalen Spitzenverbänden das GFG 2012 unter dem Stichwort „ifo-Gutachten“.

Außerdem haben die Professoren Lenk und Junkerheinrich – Sie haben das angesprochen – in ihrem Gutachten eben nicht nur insgesamt auf die Konsolidierung abgehoben, sondern auch die Frage des Soziallastenfaktors thematisiert. Selbst bei voller Erfüllung des Landtagsbeschlusses vom 29. Oktober 2011, nämlich wenn 50 % der Sozialleistungen bei den Kommunen in Zukunft durch den Bund getragen würden, kommen sie zu einem Soziallastenfaktor von 8 im GFG.

Wir setzen dagegen auf eine Politik der kleinen Schritte, die aber alle einem Weg folgen: Aktionsplan GFG 2010 mit plus 300 Millionen € in den kommunalen Kassen; Grunddatenanpassung im GFG 2011; Konsolidierungshilfe in einer Größenordnung von 350 Millionen € in 2011; Änderung § 76 GO – Stichwort: Gemeindehaushaltswirtschaft, mehr Spielraum für Kommunen.

Ja, das sind alles einzelne Schritte. Aber sie folgen doch einem klaren Weg, nämlich dem Weg, die gemeinsame Aufgabe, die Kommunalfinanzen in den Griff zu bekommen, jetzt auch anzugehen, die Konsolidierung vor Ort zu ermöglichen, Handlungsspielräume für die kommunale Politik vor Ort wieder zu ermöglichen und damit letztendlich Lebensqualität in den Städten zu schaffen.

Wir werden das im GFG 2012 fortsetzen, indem alle Anregungen des ifo-Gutachtens geprüft, entsprechend diskutiert und bei Übereinstimmung eingearbeitet werden.

Dann kommt in der Tat das Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen; Herr Löttgen hat es angesprochen. Der 29. Oktober 2010 ist auch hierfür der Ausgangspunkt. Die Einladung, es gemeinsam anzugehen, haben sich die verschiedenen Fraktionen jetzt oft genug gegenseitig zugerufen. Die Bedingung ist keine landespolitische. Sie lautet schlicht und einfach: Schluss mit den Fensterreden.

Hier liegt heute ein CDU-Antrag vor, 300 Millionen € aus dem GFG für die Konsolidierungshilfe zur Verfügung zu stellen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Zwischenzufinanzieren, nicht zur Verfügung zu stellen!)

nämlich die 300 Millionen €, die zusätzlich ins GFG eingebracht worden sind. Herr Laumann hatte in seiner bemerkenswerten Rede zur Haushaltseinbringung noch von 650 Millionen € zusätzlich für die Kommunen gesprochen.

Sie sind nicht zusätzlich, sondern kommen von den Kommunen. Lassen Sie mich an drei Zahlen deutlich machen, woher genau sie kommen. Herr Löttgen, wenn wir es über das GFG regeln, kommen jeweils 10 Millionen € von Essen und Dortmund, 17 Millionen € von Köln und jeweils null Millionen € von Düsseldorf und Münster. Das ist nämlich der umgekehrte Effekt, wenn man ein bedarfsorientiertes GFG hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wollen dafür sorgen, dass die Armen sich selber helfen; frei nach dem Motto: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.

Die Krönung allerdings hat Herr Biesenbach geliefert,

(Heike Gebhard [SPD]: Wo ist der eigentlich?)

der hier ja stellvertretender Fraktionsvorsitzender und für die Kommunalpolitik der CDU-Fraktion zuständig ist. Er hat offenbar gestern in der Fraktion mit beschlossen, dass diese 300 Millionen € im GFG entsprechend zweckgebunden werden und der Konsolidierungshilfe zur Verfügung gestellt werden. Derselbe Herr Biesenbach lässt sich in der „Oberbergischen Volkszeitung“ – übrigens auch von gestern –, freilich als Vorsitzender der Kreistagsfraktion, mit den Worten zitieren, er rate, eine Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen einzureichen, und zwar wegen Unterdotierung des kommunalen Finanzausgleichs, aus dem Sie weitere 300 Millionen € herausnehmen wollen.

Was stimmt denn nun? Ist zu viel Geld darin? Ist zu wenig Geld darin? Kann man noch etwas herausnehmen?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, ich würde Sie doch sehr bitten: Sortieren Sie sich, bevor Sie hier Angebote machen. Lassen Sie uns in der Tat gemeinschaftlich überlegen, wo das Geld gut verwendet wird. Aber reden Sie hier nicht anders, als Sie das vor Ort tun, und reden Sie vor allem nicht jedem nach dem Munde. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat ein Gemeindefinanzierungsgesetz vorgelegt, das um 323 Millionen € größer ist, als CDU und FDP es ausgestattet hätten, wenn sie weiter an der Macht geblieben wären. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorne.

In diesem noch nicht vollendeten ersten Jahr der rot-grünen Landesregierung gab es aber auch schon viele andere wichtige Schritte. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass als eines der ersten Gesetzgebungsverfahren die Änderung der Gemeindeordnung in Bezug auf das kommunale Wirtschaftsrecht vorgenommen wurde, was dazu führt,

dass die Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen endlich wieder handlungsfähig sind.

(Manfred Palmen [CDU]: Steag!)

Wie weise das ist, zeigen die neuesten Entwicklungen in Japan, auf die die Bundesregierung jetzt auch reagiert hat. Das ist auch für die kommunale Landschaft ein wichtiges Signal. Das will ich heute in Erinnerung rufen.

Es hat einen echten Paradigmenwechsel in Nordrhein-Westfalen gegeben, was das Verhältnis der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zu den Kommunen betrifft: nicht mehr von oben herab, sondern im Gespräch mit den Kommunen und auf Augenhöhe. Man erkennt die Probleme an. Und es gibt die klare Aussage an die kommunale Familie:

(Manfred Palmen [CDU]: 23. Dezember!)

Ja, wir werden uns eurem Problem nicht nur zuwenden, sondern wir werden auch nach Problemlösungen suchen.

Herr Palmen hat gerade den 23. Dezember in Erinnerung gerufen. Ich weiß nur, dass Herr Linssen bis März 2010 gesagt hat: Es gibt für die Kommunen keinen Euro zusätzlich. Es war richtig, den Konsolidierungspfad auf dem Rücken der Kommunen auszutragen. – In diesem Zusammenhang ist das Wort „Konsolidierung“ fast schon schäbig. Er hat die Kommunen gnadenlos ausgebeutet. Bei der Kinderförderung, den Schülerfahrtkosten und vielen anderen Tatbeständen, die Sie jetzt im Detail im Gemeindefinanzierungsgesetz anführen, haben Sie in den letzten fünf Jahren zugelangt.

Ich finde es schon ein Stück widerlich, dass Herr Biesenbach gestern gesagt hat: Klagt gegen die Landesregierung, weil die sich auf eure Kosten fettmacht! – Das ist schon ein starkes Stück, da muss ich Herrn Herter zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dass in diesem Landtag in dieser Art und Weise über die Finanznot der Kommunen gesprochen wird, ist sicherlich zuallererst ein Verdienst der Kommunen selbst, der Memorandum-Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, hat aber auch damit zu tun – das nehme ich für uns in Anspruch –, wie wir darauf reagieren. Wir sagen nicht: „Spart mal lieber vor Ort, macht einen Mentalitätswechsel!“, wie Herr Engel es den Kommunen immer predigt, sondern wir sagen als Landesregierung: Ja, ihr habt recht. Ihr habt auch eure Hausaufgaben zu machen, aber ihr habt im Grundsatz zunächst einmal recht. Eure Finanznot in den großen Städten des Ruhrgebiets, im Bergischen Städtedreieck, aber auch in vielen kleineren Kommunen ist so dramatisch, dass es mit Belehrungen von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen nicht mehr getan sein kann, sondern dass dieses Problem auf Augenhöhe angegangen werden muss.

Wir sagen auch frank und frei, dass wir nicht stark genug sind, das alleine zu schaffen. Ohne den Bund wird die kommunale Finanznot nicht gelindert. Auch das hat es in den letzten fünf Jahren so nicht gegeben. Auch dort wurde immer gesagt: Helft euch selber! – Die Soziallasten waren zwar dramatisch, aber es gab nie den Aufschrei in Richtung Bundesregierung, dass dort gehandelt werden muss. Auch das ist in dieser Legislaturperiode neu.

Ich möchte ebenfalls in Erinnerung rufen, dass wir uns auch in verschiedenen anderen Feldern auf den Weg gemacht und, wie ich sehe, sowohl von CDU als auch von FDP in Einzelfällen eine Last heruntergenommen haben. Die FDP ist mittlerweile in der Lage, mit uns der Wiedereinführung der Stichwahl zuzustimmen. Die FDP ist auch im guten Gespräch mit uns über andere Fragen der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Die CDU ist in verschiedenen Bereichen durchaus auf einem guten Weg, was die Konsolidierungshilfe anbetrifft. Das war ein sehr schöner gemeinsamer Antrag im Oktober letzten Jahres. Auch in der Anerkennung der Problemlage ist die CDU gegenüber dem, was wir bis zum 9. Mai 2010 hier im Landtag verhandelt haben, viele Schritte weitergekommen. Das finde ich anerkennenswert, und darauf sollte aufgebaut werden.

Was ich allerdings nicht so schön finde – um es vorsichtig auszudrücken –, das ist die Art und Weise, wie Sie versucht haben, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz Panik in der kommunalen Familie auszulösen

(Lachen von der CDU und von der FDP)

– das ist eindeutig –, wie Sie die Zahlen verdreht und sogar Leute losgeschickt haben, um die Steuererluste, die es aufgrund der Messung der Steuerkraft der einzelnen Kommunen jedes Jahr gibt, den Veränderungen zu den Soziallasten hinzuzurechnen und einen Popanz aufzubauen, um ein schiefes Bild zu zeichnen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Sie waren dabei ganz vorneweg, Herr Hovenjürgen.

Fakt ist: 1 Milliarde € sind seit Regierungsantritt von Rot und Grün zusätzlich in den Gemeindefinanzierungsgesetzen bzw. als Konsolidierungshilfe bereitgestellt worden: 300 Millionen € im Nachtrag zum GFG 2010, 323 Millionen € sollen in 2011 bereitgestellt werden plus 350 Millionen Konsolidierungshilfe. Das ist ein echtes Wort. Das unterscheidet uns massiv von CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich habe es eben schon gesagt: Ich möchte sehr wohl auch die Gemeinsamkeiten loben. Es wäre sehr vernünftig, wenn wir uns bei der Endabstimmung zu § 76 verständigen könnten und Sie nicht mehr den Zeitpunkt – aus meiner Sicht aus nicht

ganz zutreffenden Gründen – bemängeln würden, sondern sich in der Sache verhalten und sagen würden: „Das ist ein guter Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt“, sodass wir da ein Stück vorankommen. Sie haben keine Koalition mehr mit der FDP; Sie müssen da nicht einig vorgehen. Sie können an der Stelle sehr wohl mit SPD und Grünen zusammenarbeiten.

Ich fasse zusammen: Ich bin sehr froh über die Erfolge im kommunalen Bereich, die im letzten Jahr auf den Weg gebracht worden sind. Wir wollen noch ein Stück weitergehen. Ich hoffe, dass wir bis zur Sommerpause alle Fragen zur kommunalen Demokratie abschließen und auf der Basis dessen ein Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 mit Eckpunkten formulieren können, das durchaus eine Weiterentwicklung der Strukturen beinhalten muss, wie es mit den Kreisen und kreisangehörigen Gemeinden im Detail weitergeht.

Die Basis ist gelegt. Es war ein höchst erfolgreiches Dreivierteljahr, das hinter uns liegt. Und ich bin sehr froh, dass wir dieses Stück vorangekommen sind.

Ich gehe davon aus, dass auch viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – das haben Sie uns in persönlichen Gesprächen immer wieder versichert – sehr froh sind, dass wir dieses Stück vorangekommen sind, dass es nicht mehr das Von-oben-Herab gibt, sondern eine Politik auf Augenhöhe.

Ich bitte sehr, nicht die Details zu betonen, sondern die gemeinsame Linie. Deswegen fordere ich die CDU auf, dem Gemeindefinanzierungsgesetz in dieser Form zuzustimmen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Lösung der kommunalen Finanzprobleme.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Herter, Herr Mostofizadeh, wir liegen überhaupt nicht auseinander.

(Zuruf: Das ist ja beruhigend!)

Alle müssen konsolidieren. Alle! Und am Schluss müssen wir uns tatsächlich fragen: Was machen wir mit der drohenden Zinsfalle im Bereich der Kassenkredite? Diese Frage müssen wir am Ende auch beantworten. Denn wir wissen schon heute – jetzt reden wir über das GFG –, dass zahlreiche Städte und Gemeinden in eine Schieflage, sogar in den Nothaushalt getrieben werden können. Das ist eine einseitige Umverteilungspolitik. Dafür finden wir auch keine anderen Vokabeln. Das ist einfach Fakt. Das haben wir schon dreimal betont.

Am stärksten bluten muss dabei der kreisangehörige Raum. Das kennen Sie auch. Die 133 Millionen € können natürlich Ihrem Stärkungspakt Stadtfinanzen zugeordnet werden. Das könnte man so sagen, nicht formal, aber man könnte auf die Idee kommen. Doch auch denjenigen, die nichts verlieren, hat die Landesregierung Schaden zugefügt. Am 23. Dezember des letzten Jahres kamen Sie, nachdem die Haushaltsberatungen gelaufen waren, einfach um die Ecke und haben gesagt: Papperlapapp! Wir müssen alles neu machen! – Dann haben wir das Theater vor Ort erlebt. Auch das haben wir hier betont und x-mal im Fachausschuss kritisiert.

Das hätten Sie vermeiden können,

(Heike Gebhard [SPD]: Warum haben Sie das nicht gemacht?)

wenn Sie eine ganzheitliche Reform des Gemeindefinanzausgleichs im Jahre 2012 angestrebt hätten, und damit – auch das ist bekannt – vollumfänglich der ifo-Kommission gefolgt wären. Sie wissen ja: Für eine gerechte Verteilung der GFG-Mittel reicht es nicht aus, einfach nur an dem Soziallastenansatz herumzudoktern und die Schrauben zu verstellen. Das hilft zwar einigen Kommunen, nämlich denen, die viele Hartz-IV-Leistungsempfänger haben, schadet aber anderen Gemeinden, die ebenfalls spezifische Probleme haben.

Nehmen wir zum Beispiel – ich muss das hier wiederholen, kann Ihnen das nicht ersparen –,

(Zuruf von Sören Link [SPD])

die ländlichen Kommunen in der Eifel, im Münster-, Sauer- oder Siegerland. Aufgrund ihrer meist dünneren Besiedlung und ihrer weitläufigen Gemeindegebiete tragen diese Kommunen erhebliche Mehrkosten im Vergleich zu den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr, insbesondere für soziale und technische Infrastrukturen im Rahmen der Daseinsfürsorge. Auch dies muss im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden, beispielsweise durch einen Flächenansatz. Das hat die ifo-Kommission auch so angesprochen. Dann müssen wir auch einmal versuchen, es so zu machen. Aber bei ihrer alten und neuen Politik haben SPD und Grüne an das Ruhrgebiet nicht gedacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die gemeindeunfreundliche Politik Ihrer Regierung beschränkt sich aber nicht allein auf direkte Umverteilung. Mindestens genauso schlimm ist die von SPD und Grünen geplante Anhebung der fiktiven Steuerbesätze – wieder zulasten des ländlichen Raums.

(Beifall von der FDP)

Darauf möchte ich jetzt intensiver eingehen. Wir alle wissen, dass der ländliche Raum im Standortwettbewerb um ortsnahe Arbeitsplätze und um Einwohner erhebliche Nachteile gegenüber größeren Städten hat. Größere Städte verfügen meist über ausgezeichnete Autobahn-, Eisenbahn- oder Flugver-

kehrverbindungen und können durch gute Kultur- und Sportangebote eine hervorragende Lebensqualität bieten. Aufgrund dieser Vorteile können sie verhältnismäßig hohe Steuern von ihren Unternehmen und Bürgern verlangen.

So leistet sich beispielsweise Dortmund einen Gewerbesteuerhebesatz von 468 %, Köln nimmt 475 % und Essen sogar 480 %. Ähnliches gilt für die Grundsteuer B. Hier liegt Dortmund bei 480 %, Köln bei 500 % und Essen sogar bei 590 %.

Im ländlichen Raum wären solche Gewerbesteuerhebesätze einfach undenkbar. Denn anders als in den großen Städten sind die Kommunen dort auf geringere Realsteuersätze angewiesen, um für Betriebe und für ihre Einwohner attraktiv zu bleiben. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Gewerbesteuerhebesatz zum Beispiel in Straelen am Niederrhein gerade einmal bei 310 Prozentpunkten liegt. Emsdetten, Versmold und zahlreiche andere Kommunen liegen bei 403 %, was dem bislang gültigen fiktiven Hebesatz entspricht. Ähnliches gilt für die Grundsteuer B. Diese beläuft sich in Straelen auf 300 Prozentpunkte. Emsdetten, Versmold und Co. liegen bei 381 %. Wirtschafts- und einwohnerfreundliche Steuersätze sind in ländlichen Gebieten ein wesentlicher Standortfaktor.

Liegen die lokalen Realsteuerhebesätze allerdings unter den vom Land festgelegten fiktiven Hebesätzen, bekommen die Kommunen automatisch weniger Schlüsselzuweisungen. Diesen Mechanismus kennen wir nur zu Genüge. Denn mit den fiktiven Hebesätzen bestimmt das Land eigenmächtig die potenzielle Steuereinnahmekraft unserer Städte und Gemeinden. Je höher diese theoretische Einnahmekraft angesetzt wird, desto weniger muss das Land an ergänzenden Finanzmitteln zur Verfügung stellen.

Das Nachsehen bei diesem System haben die Kommunen, die sich eigentlich keine höheren Steuern leisten können. Genau diese Kommunen werden durch die geplante Anhebung dazu gezwungen, ihr Realsteuerniveau mindestens auf das vom Land vorgeschriebene Maß zu steigern, um keine Einbußen bei den Schlüsselzuweisungen erleiden zu müssen.

Besonders schlimm wirkt sich diese Steuererhöhungspolitik an der Landesgrenze aus. Denn die niedersächsischen, hessischen und rheinland-pfälzischen Grenzgemeinden erheben in der Regel wesentlich geringere Gewerbesteuern, als es den Kommunen in Nordrhein-Westfalen überhaupt möglich ist. Ähnliches gilt für die Grundsteuer B.

In der Folge ist es nicht weiter verwunderlich, dass immer mehr Unternehmen aus NRW abwandern oder betriebliche Erweiterungen auf die andere Seite der Landesgrenze verlagern. Wer sollte es diesen Unternehmen auch verübeln? Gleiches gilt für die dort lebenden Einwohner, die außerhalb der NRW-

Grenzen oftmals wesentlich günstiger wohnen. Für viele Städte und Gemeinden unseres Landes hat das jedoch fatale Folgen.

Aus diesem Grund lehnen wir die rot-grüne Steuererhöhungspolitik entschieden ab und verweisen erneut auf die Fachexperten vom ifo-Institut München, die explizit zu einer Absenkung der fiktiven Hebesätze in NRW geraten haben. Im ifo-Abschlussbericht heißt es hierzu:

„Der Gutachter schlägt vor, die fiktiven Hebesätze zukünftig höchstens an den gewogenen Durchschnitt der tatsächlichen Hebesätze der anderen Länder auszurichten. Hinsichtlich der Gewerbesteuer werden auf dieser Grundlage 380 Punkte empfohlen.“

Für die Landesregierung ist das offensichtlich Schall und Rauch.

Zum Schluss ein Angebot von uns an Sie, Herr Jäger. Als Kommunalminister müssen Sie sich mit uns allen der drohenden Zinsfalle im Bereich der Kassenkredite widmen. Da müssen wir zeitnah zu Lösungen kommen; denn die Zinssätze sind bereits dabei zu steigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Engel. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Abgeordneter Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ziel der Fraktion Die Linke im Landtag NRW ist es, einen Politikwechsel für das Land NRW zu erreichen, der den Menschen und der Verbesserung des Lebensumfeldes zugutekommt. Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit. Diese lässt sich nur durch deutlich höhere Ausgaben erreichen, insbesondere für die Kommunen im Land, die bis auf wenige Ausnahmen in einer dramatischen Haushaltsschieflage sind und deren soziale Handlungsspielräume demzufolge drastisch eingeschränkt sind. Darüber hinaus sind aus unserer Sicht besonders Investitionen im sozialen und im Bildungsbereich dringend erforderlich.

Ein original linker Haushalt ist nicht von der fatalen Logik getragen, das Land kaputtzusparen,

(Beifall von der LINKEN)

wie das insbesondere CDU und FDP mit ihrem Spardiktat wollen. Sie haben die neoliberale Schere weiterhin im Kopf, anstatt wirksame Zukunftsinvestitionen zuzulassen, die für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sorgen würden. Generationsgerechtigkeit beinhaltet gerade, eine soziale und ökologische Zukunftsperspektive zu gestalten.

Auch SPD und Grüne haben als Minderheitsregierung nur zögerlich begonnen und handeln angstge-

steuert unter der Drohkulisse des Verfassungsgerichtshofs in Münster.

Ein sozial-ökologischer Umbau in Nordrhein-Westfalen wäre aber gerade jetzt, in der atomaren Zeitenwende, umso dringlicher nötig und auch möglich. Das gilt auch für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, für die wir insgesamt Mehrausgaben von rund 1 Milliarde € vorgesehen haben, die Sie aber alle gemeinsam als Fraktionen im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt haben.

Wir machen und wir werden dieser Landesregierung weiter Druck von links machen, um dieses Land sozial gerechter und zukunftsfähiger zu gestalten. Die Linke tritt dabei nicht grundsätzlich für eine höhere Neuverschuldung ein, sondern vielmehr für eine Verbesserung der Einnahmeseite durch mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen eine Haushaltssanierung, die durch Steuergerechtigkeit realisiert wird. Entsprechend haben wir auch Anträge gestellt, zum Beispiel für eine höhere Spitzen- und Erbschaftsteuer sowie eine Millionärsteuer, was aber mit den anderen Parteien nicht zu realisieren ist. Wir hoffen aber immerhin noch darauf, dass sie Bundesratsinitiativen mit uns auf den Weg bringen.

Wer aus der Schuldenfalle herauskommen und Haushalte in Stadt und Land sanieren will, muss die Einnahmeseite stärken.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen brauchen wir auch eine Länderfinanzreform, welche dafür sorgt, dass Städte und Kommunen strukturell ausgeglichene Haushalte bekommen. Dafür brauchen wir eine ganz andere Politik. Ein reines Spardiktat wird sich immer gegen diejenigen richten, die sowieso wenig haben, sozial benachteiligt sind und sich gerade keine private Vorsorge leisten können.

(Beifall von der LINKEN)

Deswegen fordern wir auch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 % – so ist es ja auch im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen worden –; denn das verbessert die Einnahmeseite des Landes insgesamt um rund 450 Millionen € jährlich. Und das kommt auch den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugute.

An der mittelfristigen Finanzplanung ist deutlich geworden, dass CDU und FDP die kommunalen Haushalte in den letzten Jahren geplündert haben. Gleichzeitig haben sie in den letzten Jahren aber eine Neuverschuldung von über 23 Milliarden € gemacht. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass Sie das auch noch bis 2013 weitermachen wollten: mit einer Gesamtverschuldung von 150 Milliarden € und einem Schuldendienst von jährlich 6 Milliarden €.

Auch bei SPD und Grünen ist bisher keine grundsätzliche Wende zu erkennen. Auch sie haben durch die Steuerpolitik im Bund dazu beigetragen, dass es bisher keine Umkehr zu einer gerechten Steuerpolitik gibt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke wird weiter Druck machen für soziale Gerechtigkeit durch eine andere Steuerpolitik. Dafür werden wir sorgen. Dafür machen wir weiter Politik auch hier im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kommunalminister führt man viele Gespräche mit den Kommunen, mit den Bürgermeistern. Eines der eindrucksvollsten Gespräche, die ich in den letzten Wochen und Monaten hatte, war der Besuch der Arbeitsgemeinschaft der schuldenfreien Städte aus Nordrhein-Westfalen. Das war übrigens eine Vollversammlung: Alle acht Bürgermeister haben mich gleichzeitig besucht – acht von 396 Kommunen, die von sich noch sagen können, dass sie einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben. Mehr sind es nicht mehr. Das sind die, denen es gut geht.

Jetzt betrachten wir einmal die andere Seite: 137 Kommunen haben kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept mehr. Innerhalb von nur fünf Jahren, nämlich zwischen 2005 und 2010, haben sich die kommunalen Liquiditätskredite von 10 Milliarden € auf inzwischen ziemlich genau 20,5 Milliarden € mehr als verdoppelt. Alleine 13 % dieser Liquiditätskredite, dieser mehr als 20 Milliarden €, sind nur im ersten Halbjahr 2010 entstanden.

Meine Damen und Herren, das zeigt die Dramatik der kommunalen Finanzen. Das zeigt auch, dass diese Landesregierung fest entschlossen sein muss, einer solchen Entwicklung entgegenzutreten.

Ich sage Ihnen ganz offen: Was mir große Sorgen bereitet, ist nicht, Herr Engel, das Zinsniveau, das diese Kommunen aus dieser Kreditlast zu zahlen haben. Was mir große Sorgen macht, ist, dass bei einzelnen Kommunen das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit nicht erschüttert ist, aber bei den Banken zumindest zunehmend infrage gestellt wird.

Da habe ich in vielen Gesprächen – sei es mit Landräten, sei es mit Oberbürgermeistern und Bürgermeistern – eines festgestellt: Egal, ob es denen finanziell gut oder schlecht geht – wir sitzen alle in einem Boot, wenn es darum geht, zu verhindern, dass einzelne Kommunen in Nordrhein-Westfalen

ihre Zahlungen, ihre Ausgaben nicht mehr mit finanzierbaren Kreditmitteln bestreiten können.

Eine solche Entwicklung muss verhindert werden, weil sie zwangsläufig eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes zur Folge hätte. Dann fallen die Kommunen nämlich nicht nur als Investoren und Auftraggeber gegenüber den Kommunen aus, sondern es ist ein gesamtes kommunales Finanzsystem in seiner Leistungsfähigkeit bedroht.

Diese Landesregierung, dieser Landtag, das Land Nordrhein-Westfalen muss dafür sorgen, dass die Kommunen in ausreichendem Maße mit finanziellen Mitteln ausgestattet sind, dass sie unter Berücksichtigung von eigener Konsolidierung, eigenen Sparbemühungen in der Lage sind, das, was sie rechtlich und hoheitlich an Aufgaben leisten müssen, auch zu finanzieren. Und das ist die feste Absicht dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Löttgen und Herr Engel, wenn man sich diese dramatischen Zahlen anschaut, muss man sagen: Das, was Sie von der alten Landesregierung aus CDU und FDP uns hinterlassen haben, ist ein kommunalpolitischer Scherbenhaufen.

(Beifall von der SPD)

Wer über fünf Jahre so gehandelt und das aufwachsende Problem schlichtweg ignoriert hat, der hat das Recht verloren, uns Belehrungen zu erteilen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von der CDU)

Im Zuge der Diskussion im Kommunalausschuss nach der ersten Lesung und nach der Sondersitzung des Landtages hatte ich den Eindruck, wir seien bei der Beurteilung der Lage gemeinsam einen Schritt weiter. Herr Löttgen und Herr Engel, Ihre beiden Reden machen mich aber nicht sonderlich hoffnungsfroh, dass wir zumindest am heutigen Tage zu einer gewissen Übereinstimmung kommen, was die Finanzlage der Kommunen angeht.

(Zurufe von der CDU)

Sowohl im Nachtrag 2010 als auch mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 haben wir uns dieser Situation mit einem wirklichen haushaltspolitischen Kraftakt des Landes angenommen. Wir wollen beispielsweise den zehn Kommunen, die Kassenkredite in Höhe von 10 Milliarden € haben, sowie den 35 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die schon heute als bilanziell überschuldet gelten bzw. bei denen eine solche Überschuldung droht, konkret helfen.

Wenn es Ihnen mit dem Beschluss der Landtags-sondersitzung aus dem letzten Jahr ernst ist, dann sollten Sie gemeinsam mit uns daran arbeiten, dass diese Hilfen tatsächlich bei den Kommunen ankommen, Herr Palmen.

Jetzt kommen wir zu einigen konkreten Aussagen Ihrer CDU-Landtagsfraktion. Als Kommunalminister habe ich mit großer Aufmerksamkeit die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden Herrn Laumann verfolgt. Mit großer Aufmerksamkeit habe ich zur Kenntnis genommen, dass die CDU beabsichtigt, die 350 Millionen € im Stärkungspakt Stadtfinanzen auf 650 Millionen € zu erhöhen. Ich habe das mit großem Erstaunen und als für das Ressort zuständiger Minister auch mit großer Freude entgegengenommen. Aber heute wird doch klar, was Sie eigentlich vorhaben.

Was haben Sie vor?

(Zuruf von der CDU)

Sie wollen diesen Topf um 300 Millionen € aufstocken – und zwar ausschließlich dadurch, dass Sie vorher denjenigen das Geld wegnehmen, die es hinterher bekommen sollen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Das ist doch nichts anderes als „rechte Tasche – linke Tasche“. Damit lösen wir doch nicht das Problem der kommunalen Finanzkrise. Wir müssen schon mit etwas mehr Ideenreichtum und etwas mehr Kreativität an dieses Thema herangehen, wenn wir das Problem tatsächlich lösen wollen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich will noch einmal einige Verhältnisse darstellen. Wir haben vor wenigen Wochen das Gutachten von Herrn Prof. Junkernheinrich und Herrn Prof. Lenk entgegengenommen. Das war übrigens von der alten Landesregierung in Auftrag gegeben worden.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Mit diesem Gutachten sollte dargelegt werden, wie die Situation der kommunalen Finanzausstattung tatsächlich ist und wie wir über verschiedene Modelle dazu kommen, dass es zwar keine Tilgung der Altschulden, aber wenigstens keinen Aufwuchs weiterer Schulden in den Kommunen Nordrhein-Westfalens gibt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich zitiere sehr gern Herrn Prof. Junkernheinrich, der es, wie ich finde, sehr gut und plastisch auf einen Punkt gebracht hat: Es ist nicht mehr fünf vor zwölf, sondern es ist zwanzig nach zwei. – Mit anderen Worten: Diese Situation ist dadurch entstanden, dass Sie fünf Jahre lang nicht gehandelt und dieses Problem faktisch nicht gelöst haben.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich bitte, bestimmte Fraktionsgrenzen jetzt einfach einmal gedanklich zu überschreiten. Selbstverständlich geben wir den Zuwachs der Steuereinnahmen des Landes im Steuerverbund an die Kommunen weiter. Das führt zu einem Zuwachs der Schlüsselmasse. Aber allein durch die Beteiligung der Kom-

munen an der Grunderwerbsteuer und durch den Wegfall der Befrachtung zur Konsolidierung des Landeshaushalts stellen wir dem Finanzsystem in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr 323 Millionen € zusätzlich zur Verfügung.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht bilanziell wirksam!)

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen – da waren wir in den Gesprächen, die auch wir miteinander geführt haben, eigentlich schon ein Stück weiter, Herr Löttgen –, mit diesen 350 Millionen € wollen wir effektive Hilfe leisten, dass nicht noch mehr Kommunen in Nordrhein-Westfalen in die Überschuldung geraten. Erkennen Sie dieses Bemühen doch wenigstens einmal an!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Zahlen liegen wie in einem offenen Buch vor Ihnen. Tun Sie doch nicht so, als sei das, was jetzt gemacht wird, von Ihnen noch zu erhöhen – außer durch diese Taschenspielertricks!

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein. – Das ist mein Hinweis auch an die Kommunalpartei CDU: Sie haben die Wahl auch deshalb verloren, weil Sie die Kommunen in diesem Land nicht mehr ordentlich behandelt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sie gegängelt und mit klebrigen Fingern in ihre Kassen gepackt, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein, danke. – Kommen wir einmal ernsthaft zu dem Thema „Grunddatenaktualisierung“. Wir haben häufig darüber gestritten und die Argumente miteinander ausgetauscht. Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Damen und Herren Abgeordneten von CDU und FDP können die Systematik des GFG nicht verstehen – wäre ich Schulpolitiker, würde ich sagen: Frau Löhrmann, es gibt einen sonderpädagogischen Förderbedarf –,

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

oder aber Sie betreiben bewusst Legendenbildung. Die ist im Übrigen nicht aufgegangen. Ich habe viele Gespräche mit den Bürgermeistern im Kreis Paderborn, im Münsterland, im Kreis Euskirchen und an anderen Orten geführt und festgestellt: Der Versuch, mit Ihrer Kampagne deutlich zu machen, die

Landesregierung sei kommunalunfreundlich, hat nicht gegriffen.

Was machen wir denn eigentlich? – Sie haben bei dem GFG 2010 fast 8 Milliarden € im Rahmen der Schlüsselzuweisung an die Kommunen verteilt und dabei mit einem Datensatz des Jahres 1999 gearbeitet. In dem Jahr war den Sozialsystemen noch nicht einmal so etwas wie Hartz IV bekannt. Und anders als alle Vorgängerregierungen haben Sie eine Datenaktualisierung, die übrigens rechtlich geboten, im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit aber auch zwingend erforderlich ist, nicht durchgeführt; ich weiß nicht, aus welchem Grund – ob Ihnen die politische Kraft dafür fehlte oder Sie nur weiter mit alten Daten schummeln wollten.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Fakt ist, meine Damen und Herren: Sie haben über viele Jahre den Kommunen Gelder auf der Grundlage der alten Zahlen überwiesen,

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU])

sodass denjenigen, die dadurch zu viel erhalten haben, der Eindruck vermittelt wurde, es ginge ihnen eigentlich schlechter, als es tatsächlich der Fall gewesen ist.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Auf der anderen Seite haben Sie ganz vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen trotz der dort effektiv existierenden Belastung durch Sozialausgaben Geld vorenthalten und entzogen und sind damit mitverantwortlich für die Höhe der Liquiditätskredite in diesen Gemeinden.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Was wir gemacht haben, Herr Palmén – und das werden Sie hoffentlich anerkennen –, war keine politische Entscheidung, sondern wir haben lediglich aktuelle Daten in das kommunale Ausgleichssystem gegeben.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Wir haben aktuelle Daten eingegeben und keinerlei politische Entscheidung getroffen. Das war rechtlich zwingend geboten, und im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit kann ich es nicht nachvollziehen, dass Sie heute noch rechtfertigen, die Mittel aus dem GFG 2010 auf der Basis zehn Jahre alter Daten übers Land verteilt zu haben und darauf auch noch stolz sind. Das kann doch nicht sein.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger, der Kollege Papke möchte eine Zwischenfrage stellen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Nein danke, ich würde gern zum Schluss kommen.

In Richtung von Herrn Engel und Ihre Richtung allgemein: Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, dass das, was wir als fiktiven Hebesatz im GFG 2011 vorsehen, keine politische Entscheidung und nichts anderes ist als das Ergebnis einer mathematisch-arithmetischen Berechnung. Der fiktive Hebesatz im GFG 2011 ist nichts anderes als der Durchschnitt der tatsächlichen Gewerbesteuerhebesätze in Nordrhein-Westfalen, versehen mit einem Abschlag von 5 %, so wie für alle GFGs der letzten 20 Jahre ein solcher fiktiver Hebesatz gebildet worden ist – nicht mehr und nicht weniger.

Nicht zuletzt will ich noch ganz gern an Sie appellieren: Wenn unsere gemeinsame Auffassung aus der Sondersitzung des Landtags im letzten Jahr immer noch gilt, dass eigentlich der Bund für die Soziallasten, die er in den Kommunen verursacht, eintreten und diese mindestens zur Hälfte übernehmen muss, und gleichermaßen gilt, dass es eine wirklich besorgniserregende Krise der kommunalen Finanzausstattung gibt, dann müssen wir noch in diesem Jahr pragmatische Lösungen finden.

Dazu sage ich Ihnen ganz offen: Die dankenswerte Entlastung bei der Grundsicherung wird erst in drei Jahren wirken und schon von daher nicht ausreichen. Ich glaube nicht – obwohl wir das Thema immer wieder beim Bund anlanden werden –, dass es darüber hinaus zu großartigen Veränderungen durch die Bundesregierung kommen wird.

Vielmehr müssen wir die beschränkten Mittel, die das Land hat, um den eigenen Kommunen zu helfen, so einsetzen, dass diese Hilfe einerseits gerecht ist und andererseits tatsächlich so wirkt, dass den Kommunen, die daraus Geld empfangen, jetzt die Chance auf einen endgültigen Haushaltsausgleich eröffnet wird.

Wenn unsere gemeinsame Position immer noch gilt, meine Damen und Herren, dann lassen Sie uns in den nächsten Wochen gemeinsam darüber reden, wie wir diesen Stärkungspakt so ausgestalten, dass wir die gerade formulierten Ziele auch tatsächlich erreichen.

(Bodo Löttgen [CDU]: In den nächsten Wochen? Jetzt!)

Zum Schluss will ich Ihnen eines mit auf den Weg geben. – Egal, was Sie hier sagen: Aus vielen Gesprächen auch mit Landräten, Bürgermeistern und Oberbürgermeistern habe ich die Botschaft mitgenommen, dass dies das beste und kommunalfreundlichste GFG seit dem Jahre 2005 ist; und da-

ran werden Sie auch nichts ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Fortgesetzt Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Jäger hat die Redezeit der Landesregierung um fast fünf Minuten überzogen. Selbstverständlich wird den Fraktionen eine entsprechende Redezeit gutgeschrieben. – Als Nächster hat für die Fraktion der CDU Herr Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kommunalminister hat dankenswerterweise soeben den Begriff der „sonderpädagogischen Förderung“ in diese Debatte eingeführt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Ich will Ihnen sagen: Sie und die Fraktionen von Rot-Grün haben sonderpädagogische Förderung dringend nötig, wenn es um Ihre Hinterlassenschaften bis 2005 geht, die die Kommunen heute noch mehr als über Gebühr belasten.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Markus Töns [SPD]: Sie haben doch fünf Jahre lang die Kommunen beraubt, Herr Löttgen! Sie und Ihr Minister!)

Zwei Dinge will ich Ihnen mit auf den Weg geben, Herr Jäger. – Sie haben gerade völlig zu Recht auf die Handlungsnotwendigkeit hingewiesen. Sie haben am 29. Oktober 2010 in der gemeinsamen Sitzung gesagt – ich darf zitieren –:

„Wenn wir diesen Anstieg,“

– was die Kassenkredite angeht –

„diese Dynamik weiter zulassen würden, würde in der Tat das eintreten, was die Deutsche Bank in ihrem Aufsatz am Horizont aufgemalt hat: Dann gäbe es erste Kommunen, die Schwierigkeiten hätten, sich in ausreichender Weise mit Kreditmitteln zu versorgen.“

Damals, im Oktober des vergangenen Jahres, war das noch Konjunktiv – heute ist es schon Wahrheit in Nordrhein-Westfalen: Es gibt Kommunen, die sich nicht mehr am Kreditmarkt versorgen können.

Meine Damen und Herren, das heißt, es ist jetzt Handeln geboten, wir müssen jetzt mit Zins- und Tilgungshilfe eintreten. Und Sie und Herr Herter verweigern heute – das sage ich ganz deutlich – die ausgestreckte Hand der CDU. Wir haben ein konstruktives und ernst gemeintes Angebot gemacht, das Sie schlicht und einfach aus landespolitischer Konditionierung heraus nicht annehmen wollen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Und auch zu Ihnen, Herr Herter, will ich wenigstens einen Satz sagen. Ich war enttäuscht von Ihrer schablonenhaften Rede, mit der Sie auf meine Ausführungen in keiner Weise eingegangen sind.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Auch Ihnen, Herr Herter, will ich ein Zitat vom 29. Oktober vorhalten. Sie haben damals vorgetragen:

„Wir legen heute die Messlatte bei der Konsolidierungshilfe für die Kommunen und bei der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit der Kommunen sehr hoch. Der Lackmустest wird aber nicht heute bei diesem Antrag, sondern bei den konkreten Gesetzesvorhaben stattfinden: ... beim GFG 2011 ...“

Herr Herter: Lackmустest leider negativ. Sie haben bis heute in Sachen Zins- und Tilgungshilfe nichts auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, noch einmal der Versuch, Sie in unserem Sinne – wir sind da durchaus zu Verhandlungen bereit – dazu zu bewegen. Sie werden gleich Gelegenheit haben, über den Antrag der CDU gesondert abzustimmen.

Zum Schluss das, was ich von Ihnen erwarte; einen Satz, eine Weisheit, an die Sie sich vielleicht heute halten sollten: Wer einen Fehler begeht und ihn nicht korrigiert, der begeht einen zweiten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion der SPD Herr Kollege Herter.

Marc Herter (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Löttgen! Es ist nicht so, dass ich Ihr Angebot nicht verstanden hätte. Verstanden habe ich es. Allerdings: Wenn Sie uns solche vergifteten Angebote machen, dann ist es an der Fraktion der SPD – übrigens in Verantwortung gegenüber den Kommunen – zu sagen: So geht es jedenfalls nicht. Da müssen wir uns noch einmal zusammensetzen und intensiv darüber diskutieren, wie wir es machen wollen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Eines, Herr Löttgen, werden wir nicht zulassen. Wir werden nicht zulassen, dass Sie hier Fensterreden halten und den Kommunen ankündigen, sie bekämen mehr Geld. – Auf der anderen Seite sind es aber Sozialdemokraten und Grüne, die das Geld bei den Kommunen einsammeln dürfen und von Ihnen dann auch noch vor Ort vorgeführt werden und gesagt bekommen: Liebe Sozialdemokraten, liebe Grüne, so geht man mit Kommunen nicht um.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist doch die Aufgabenteilung, die Sie im Sinn haben. Bei Ihnen gilt das Motto: Das Gute verteilen wir gemeinsam. Wenn es jedoch um interkommunale Umverteilung geht und ein horizontaler Ausgleich dazu führen wird, dass einige auch zahlen müssen bzw. einige vom Sozialgeldausgleich der Bundesregierung vielleicht weniger bekommen, sagen Sie: Das können Sie mal schön allein machen! Da können Sie mal schauen, wie Sie damit umgehen!

Aus Ihren Reihen sind vorhin diverse Zwischenrufe gekommen, mit welchen Bürgermeistern man denn rede. – Ich kann Ihnen zwei Bürgermeister nennen, sogar zwei Oberbürgermeister.

Das eine ist der Präsident des Städtetages, Herr Jung, Oberbürgermeister von Wuppertal, der aus Ihren Reihen kommt. Der sagt sehr deutlich: Es geht nicht länger darum, uns mit schönen Reden hinzuhalten, sondern es geht darum, real und in Geld Hilfe zu leisten.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Übrigens nicht im nächsten und im übernächsten und dann im überübernächsten Jahr, sondern im Jahr 2011. Das verweigert Ihre Bundesregierung. Ihre Bundesregierung verweigert genau diese Hilfestellung im Jahr 2011. Die Übernahme des Sozialgeldes startet erst 2012.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich will einen zweiten Christdemokraten zitieren, der nicht nur Oberbürgermeister meiner schönen Heimatstadt Hamm, sondern auch Vorsitzender Ihrer christdemokratischen Kommunalpolitiker, der kommunalpolitischen Vereinigung, ist. Er äußert sich so übrigens nicht in Hamm, wo er es sich leisten könnte, weil Hamm sowohl aus der gesamten Systematik des GFG heraus als auch wegen der Grunddatenanpassung Empfängerkommune ist, sondern er äußert sich gegenüber einer Zeitung im Münsterland – ich glaube, in den „Westfälischen Nachrichten“ –, wo er deutlich gemacht hat: Gut, dass endlich diese Grunddatenanpassung kommt. Wir wurden jahrelang um die Beträge, die an dieser Stelle jetzt ausgekehrt wurden, betrogen von der alten Landesregierung. – Originalzitat eines weiteren Oberbürgermeisters Ihrer Couleur.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann den Ahnungslosen zu geben und zu sagen „Damit haben wir nichts zu tun“, das, Herr Löttgen, ist in der Tat schwer erträglich.

Dann etwas zu der Tatsache, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben, denn die haben wir in der Tat:

Wir haben die gemeinsame Verantwortung, uns nicht nur hinter verschlossenen Türen, Herr Löttgen, zuzusichern, dass wir doch am gleichen Strick zie-

hen, und zwar auch noch in die gleiche Richtung, sondern wir müssen hier vor dem Hohen Hause und übrigens auch in der kommunalen Familie zueinanderstehen. Man sollte sich nicht hinterher bei erster Gelegenheit wieder in die Furche werfen und behaupten: Wir haben mit alledem nichts zu tun, das war die böse Landesregierung, das waren Sozialdemokraten und Grüne.

Ein bisschen mehr Aufrichtigkeit bei der gemeinsamen Kraftanstrengung, die wir vor uns haben, würde ich mir schon wünschen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Herr Innenminister Jäger vorgetragen hat, es sei das beste GFG seit 2005, haben Sie höhnisch gelacht. Ich kann Ihnen nur sagen: Es ist das beste GFG seit 2005, vor allem ist es die beste strukturelle Finanzierung der Kommunen seit 2005.

Wenn Sie vortragen, Rot-Grün hätte bis 2005 die Kommunen schlechter gestellt, dann frage ich mich: Was ist denn seit 2005 passiert? – Sie haben die Krankenhausförderung verändert,

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Sie haben den Elternbeitragsausgleich abgeschafft, Sie haben die Gelder für Schülerfahrtkosten gesenkt, Sie haben die Weiterbildungsmittel für die Kommunen gekürzt, Sie haben die Kommunen beim KiföG über den Tisch gezogen, Sie haben die Kommunen bei den Einheitslasten über den Tisch gezogen und, und, und. Das ist das Fazit der schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Frühjahr des letzten Jahres war die Situation doch so, dass selbst eingefleischte konservative Bürgermeister gesagt haben: Mit dieser Landesregierung will ich nichts mehr zu tun haben. -Ich weiß nicht, wo die ihr Kreuz gemacht haben. 10 % Verlust an Wählerstimmen kommen aber nicht von ungefähr.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, weil auch immer auf den Bund abgestellt wird. Innenminister Wolf und Finanzminister Linssen haben als wichtigstes Vorhaben der sogenannten Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene die Abschaffung der Gewerbesteuer vorgetragen. Das war Ihr Beitrag zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Ihnen noch einen Beitrag, den Sie geleistet haben: Sie haben im Jahre 2009 einem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt, das die Kommunen in Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr 350 Millionen € zusätzlich kostet, während Sie jetzt alle konstatieren, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen – und das ist ja nicht erst seit dem Frühjahr 2010 so – am Boden liegen. Sie selber schreiben in Ihrem eigenen Antrag, dass die Finanzlage der Kommunen verheerend ist.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Das sind Ihre Prioritätensetzungen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

Ich hatte eigentlich nicht vor, das alles noch einmal vorzutragen, weil ich der Auffassung war, Sie wären mittlerweile gedanklich einen Schritt weitergekommen und hätten sich mit der Rede von Herrn Laumann vom 29. Oktober letzten Jahres auf eine neue Wegstrecke gemacht. Aber offensichtlich gibt es in Ihrer Fraktion bezüglich dieses Themas mindestens zwei Fraktionen, und eine davon schreit immer noch – ich weiß nicht, ob das „Privat vor Staat“ sein soll: Konsolidierung geht nur, wenn alle bluten und niemand überleben kann. – Das ist aus meiner Sicht eine völlig unverständliche Strategie.

Ich möchte jetzt zu den Anträgen kommen. – Ich bin schwer beeindruckt von den vorliegenden Anträgen. Die CDU legt einen verfassungswidrigen Antrag zur globalen Minderausgabe vor,

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

bei dem Sie sich nicht einmal die Mühe machen, die Zahlen der globalen Minderausgabe an die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, wo immerhin Herr Palmén den Vorsitz führt, anzupassen. Sie geben immer noch eine globale Minderausgabe von 850 Millionen € zusätzlich – so muss ich es ja verstehen – aus. Wir liegen nach der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses jetzt schon bei über 540 Millionen €. Wenn ich das dazurechne, komme ich auf rund 1,4 Milliarden €. Unstreitig ist, dass bei einer 2%igen globalen Minderausgabe eigentlich Feierabend ist.

Ich kann Ihnen den Text Ihres Prozessvertreters im verfassungsgerichtlichen Streitverfahren zum Nachtragshaushalt 2010 anempfehlen, nämlich von Herrn Prof. Gröpl, der sich dazu dezidiert geäußert hat. Den Aufsatz kann ich Ihnen gerne zustellen. Ich frage mich, was Sie mit diesem Antrag bezwecken.

Sie machen sich nicht einmal die Mühe, zu den einzelnen Bereichen Anträge zu stellen. Ich sage Ihnen auch, warum. Sie sind nicht bereit, Gesamtverantwortung zu übernehmen. Sie sind nicht bereit, sich zur Sache zu äußern. Sie sind nicht bereit, sich zu einzelnen Fachthemen aufzustellen und darzulegen, wo gespart, wo konsolidiert werden soll. Dazu sind Sie nicht bereit.

Ich bin auch noch von einem anderen Antrag schwer beeindruckt, nämlich von dem der Linken. Ich hatte gedacht, Sie hätten aus der HFA-Sitzung gelernt und würden heute nicht alle 86 Anträge oder wie viele auch immer wieder einbringen. Wer in dieser politischen Situation allen Ernstes noch einmal 2 Milliarden € auf die Nettoneuverschuldung draufpacken möchte und behauptet, das wäre soziale Politik für Nordrhein-Westfalen, der muss sich fragen lassen, auf welchem Stern er gerade unterwegs ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von
Armin Laschet [CDU])

Wir werden ja morgen Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu sprechen. Ich bitte aber, sich noch einmal die Anträge anzusehen. Was ist denn – das ist einer der Schwerpunkte Ihrer Haushaltsanträge – daran sozial, Mittelstandslehrern etwas mehr Gehalt zu geben? Vielleicht schauen Sie sich einmal an, welche Schwerpunktsetzung für Nordrhein-Westfalen erforderlich ist. Sie sollten nicht Extrawürste für jeden einzelnen Bereich fordern, ohne dass eine Schwerpunktsetzung erkennbar würde.

Ich fasse zusammen: Das jetzt vorliegende Gemeindefinanzierungsgesetz ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die CDU ist eigentlich – das hatte ich vermutet – in wesentlichen Punkten auf dem richtigen Weg, was die Konsolidierung der Kommunal Finanzen anbetrifft. Aber offensichtlich können etliche Leute in Ihrer Fraktion nicht aus ihrer Haut. Deswegen kommt es immer wieder zu Störfener. Ich würde mich freuen, wenn das aufhören würde und wenn wir gemeinsam den fachlich richtigen Weg der Konsolidierung der Finanzen der Gemeinden und Städte in Nordrhein-Westfalen weitergehen würden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Manfred Palmen [CDU]: Legt doch ein Konzept vor!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FDP hat der Kollege Engel das Wort.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Herter, Herr Mostofizadeh, wir haben heute keine Schärfe in die Debatte gebracht. Wir wollten auch keine Schärfe hineinbringen, weil uns sehr wohl bewusst ist, wie es um die finanzielle Lage der Kommunen bestellt ist. Unser Bestreben geht dahin, zu helfen. Innenminister Jäger ist hier beinahe so eingestiegen wie zu den besten Oppositionszeiten. Von ihm kommt die Schärfe.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich lasse mich aber für unsere Fraktion nicht ins Bockshorn jagen oder aus der Reserve locken.

Herr Jäger, Sie haben gesagt, das sei das beste GFG seit 2005. – Warum nehmen Sie als Innenminister, als Kommunalminister nicht den von der ifo-Kommission vorgeschlagenen Hebesatz von 380 % an? Warum nehmen Sie nicht ihn als Ihr Leitbild? Sie haben das bisherige Verfahren erläutert: durchschnittlich aus allen Gewerbesteuerhebesätzen minus 5 % ergibt einen Hebesatz von 411 %. – Wir wollen doch aber einen Strich unter die Vergangenheit ziehen, weil uns heute die Vergangenheit, was die Kommunal Finanzen angeht, so eingeholt hat, dass man beinahe das Gefühl bekommen muss, wir müssten wie Dagobert Duck im Keller Geld drucken. Ein Umsteuern kriegen wir nur gemeinsam hin. Also noch einmal: Warum nehmen Sie nicht den von der ifo-Kommission empfohlenen Hebesatz von 380 % an?

Wir haben Berge von Mails bekommen. Sie wissen, die Mehrheit reagiert gar nicht. Diejenigen, die mit dem GFG nicht einverstanden sind, melden sich. Wir haben Berge von kritischen Mails bekommen. Da kann ich doch nicht alles schönreden und sagen: Es ist wunderbar, was Sie gemacht haben. – Nein, es ist eben nicht wunderbar!

Sie sind auf meinen Wortbeitrag eingegangen und haben erwidert, der Zinssatz bezüglich der Kassenkredite sei für Sie nicht das drückende Problem.

(Minister Ralf Jäger: Nicht das größte Problem!)

– Nicht das größte Problem. – Wir wissen aber vor dem Hintergrund von Basel III, dass die Banken anders denken müssen. Wir wissen auch, dass die Kommunen, die ja unsere Landeskinder sind, ihre Kassenkredite mittlerweile nicht mehr verlängert bekommen, es sei denn, die NRW.BANK bürgt 1:1. Das ist Fakt. Das wissen wir. Deshalb wollen wir gemeinsam eine Lösung erzielen.

Herr Mostofizadeh, noch ein Hinweis, weil Sie wieder auf die vermeintliche Abschaffung der Gewerbesteuer vonseiten der Bundesebene abgehoben haben: Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Niemand will die Gewerbesteuer abschaffen!

(Zuruf von der SPD: Niemand hat vor, eine Mauer zu bauen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Reden Sie für Ihre Partei? – Weitere Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Im Protokoll über diese Debatte wird stehen: „Empörung bei der SPD“ oder „Unruhe“ oder was auch immer. Ich wiederhole es: Niemand will die Gewerbesteuer abschaffen! Die Arbeitsgruppe beim Finanzminister tagt immer noch. Sie versucht – das ist der fünfte Anlauf nach dem Krieg, Herr Körfges –, einen Ersatz zu finden. Ersatz ist etwas anderes als

Abschaffen. Das ist wichtig. Ersatz ist etwas anderes als Abschaffen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion Die Linke hat nun Frau Kollegin Demirel das Wort.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Frau Präsidentin! Herr Engel, als Sie hier eben geredet und so enthusiastisch gesagt haben: „Niemand hat die Absicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen!“, hatte ich eine Art Déjà-vu-Erlebnis. Ich musste an einen Satz denken, der lautete: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!“

(Große Heiterkeit von der CDU und von der FDP)

Genau in diesem Zusammenhang kann man Ihre Äußerung von eben gerade verstehen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP – Unruhe)

Nun aber zu Ihnen, Herr Minister Jäger. Sie haben eben ...

(Fortgesetzt Unruhe – Zurufe von der CDU)

– Ja, das wundert Sie wohl.

(Heiterkeit – Glocke)

Sie haben eben eine sehr schöne Rede gehalten.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben eine sehr schöne Rede gehalten, Herr Minister Jäger, in der Sie dargelegt haben, wie schlecht es den Kommunen doch gehe und was man alles für sie tun müsse. Ich muss aber ehrlich sagen, dass ich, als Sie geredet haben, das Gefühl hatte, Sie halten eine Rede für unseren Änderungsantrag.

(Beifall von der LINKEN)

Sie haben nämlich gesagt: „Die Kommunen brauchen endlich mehr Geld!“ – Die Konsequenz daraus ist, die Verbundmasse zu erhöhen.

Noch einmal zu diesem Spiel, bei dem der Schwarze Peter hin- und hergeschoben wird. Man kann es, glaube ich, in diesem Haus nicht oft genug wiederholen: SPD und Grüne haben – zu Recht – die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung für ihre kommunalfeindliche Politik kritisiert. Diese Kritik teilen wir. CDU und FDP haben die Kritik an SPD und Grüne zurückgegeben.

Aber ich verrate Ihnen einmal ein Geheimnis, meine Herren: Ich bin der Meinung – und ich glaube, die Fakten sprechen auch dafür –, dass sich alle vier Fraktionen in diesem Haus, nämlich SPD, Grüne, CDU und FDP, wahrlich nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben, wenn es um die Frage der öffentlichen Haushalte und der Kommunalhaushalte ging.

(Beifall von der LINKEN)

Ganz besonders war es die rot-grüne Bundesregierung, die seit 1998 ein Steuerdumping betrieben und Steuergeschenke an Reiche und Konzerne verteilt und die öffentlichen Haushalte wahrhaftig hat ausbluten lassen. CDU und FDP führen diese Politik heute genauso weiter.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn man heute die Steuersätze von Helmut Kohl hätte – wahrlich kein Revolutionär und kein Radikalinski, wie man es uns zu sein ja vorwirft –, dann hätte man allein in Nordrhein-Westfalen Mehreinnahmen in Höhe von 21 Milliarden €. Die könnte man für die Kommunen und für soziale Gerechtigkeit ausgeben.

(Beifall von der LINKEN – Britta Altenkamp [SPD]: Genau!)

Meine Damen und Herren, 90 % aller Kommunen können ihren Haushalt strukturell nicht ausgleichen. Vor Ort wird gekürzt.

(Unruhe – Glocke)

Es wird Personal abgebaut, und es wird alles ausgesourct, was nicht bei „drei“ auf den Bäumen ist. Die Einwohnerinnen und Einwohner in den Städten, ganz besonders die armen, leiden unter dieser Politik. Sie leiden unter Ihrer aller Politik; sie leiden unter der Politik der Steuergeschenke an Reiche und Konzerne. Die Kommunen leiden darunter, dass ihnen zusätzliche Aufgaben ohne eine ausreichende Finanzierung aufgehalst werden.

Die Kommunen werden seit Jahrzehnten als Reservekasse des Bundes und des Landes missbraucht. Sie mussten die Schulden tragen, die Bund und Land nicht aufnehmen wollten.

Sehr geehrte Frau Kraft – ich sehe sie gerade nicht –, auch aus Sicht der Kommunalpolitik kann ich an die Landesregierung nur die Bitte weitergeben: Verschärfen Sie die Situation nicht noch dadurch, dass Sie über eine Schuldenbremse für die NRW-Verfassung nachdenken. Wir als Linke finden es allerhöchste Zeit, diesen Trend endlich umzukehren.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Minister Jäger, deshalb lernen wir aus Ihren Darstellungen und Ausführungen, und deshalb beantragen wir auch die Zwei-Prozent-Erhöhung des Verbundsatzes, die Erhöhung von 23 auf 25 %.

(Beifall von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau!)

Wir ziehen im Grunde nur logische Konsequenzen aus Ihrem Koalitionsvertrag und aus Ihren Ausführungen.

Meine Damen und Herren, in der Anhörung hat Herr Palmen die Kommunalen Spitzenverbände gefragt, ob sie denn die von ihnen bemängelte Minderfinanzierung beziffern könnten. Alle drei Spitzenverbände

haben auf das neue Gutachten von Junkernheinrich und Lenk verwiesen. Hier wird das strukturelle Defizit der Kommunen in NRW auf 2,15 Milliarden € zuzüglich Zinsen beziffert – 2,15 Milliarden € Jahr für Jahr, meine Damen und Herren! Eigentlich wäre eine Erhöhung um genau diese Summe notwendig. Unser Antrag ist daher sehr moderat; er ist ausgesprochen moderat.

Wir fordern nämlich nur eine Erhöhung um 2 Prozentpunkte. Dies würde den Kommunen in Nordrhein-Westfalen jährlich 690 Millionen € an Mehreinnahmen bringen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Immer etwas zu lachen!)

Vor dem Hintergrund der 2,15 Milliarden €, die fehlen, ist dies ja das Mindeste, was man machen könnte. Es wäre für uns ein erster Schritt hin zu einer nachhaltigen Finanzierung der Kommunen – vor allem, wenn man bedenkt, meine Damen und Herren, dass der Verbundsatz einmal 28,5 % betragen hatte.

Für uns Linke gilt: Solange es keine Steuergerechtigkeit auf Bundesebene gibt, so lange können Haushalte nicht konsolidiert werden, und so lange darf nicht die Rede von einer Schuldenbremse sein.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, hören Sie auf! Bestehen Sie nicht immer die Armen und die Ärmsten der Armen, die arbeitende Bevölkerung. Kürzen Sie nicht immer bei ihnen. Verlagern Sie nicht immer die Kürzungsorgien auf die kommunale Ebene. Fangen Sie an, Spitzensteuersätze einzuführen. Bitten Sie doch auch einmal die Millionäre und die Konzerne zur Kasse.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in der ersten Lesung wurde im Zusammenhang mit der Grunddaten Anpassung des GFG das Bild von einer Decke bemüht. Eine zu kurze Decke kann nur hin- und hergeschoben werden. Egal, wie man es anstellt, einer friert dabei immer.

Ich fordere Sie deshalb auf, endlich eine größere Decke für die kommunale Familie auszubreiten. Das Mindeste, was Sie tun können, meine Damen und Herren – wenn Sie schon nicht bereit sind, die Erhöhung um 2 % der Verbundmasse mitzutragen – , ist, einen Härteausgleich in Höhe von 100 Millionen € einzuführen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und Sie übernehmen dann das Defizit?)

Wir wollen den von der Grunddaten Anpassung besonders negativ betroffenen Kommunen einen Härteausgleich zukommen lassen. Denn wir wollen verhindern, dass in diesen Kommunen, zum Beispiel mit massiven Gebührenerhöhungen, die Bürgerinnen und Bürger belastet werden.

Sie wissen selbst, dass die Grunddaten Anpassung äußerst spät kam und dass viele Kommunen die Mindereinnahmen im Jahr 2011 nicht mehr auffangen können. Kommunen, die 50 % und mehr ihrer Zuweisungen verlieren und die dadurch womöglich sogar in Haushaltssicherung rutschen, sollen aus diesem Härtefonds Unterstützung erhalten.

Meine Herren von CDU und FDP, ich bin im Moment etwas irritiert. Ich frage mich, was gerade mit Ihnen los ist. Sie sind so ruhig! Dabei hatten auch Sie sich am Anfang sehr über diese Grunddaten Anpassung und die interne Umverteilung bei der kommunalen Familie ereifert, und Sie haben doch sogar auch dazu beigetragen, dass vor Ort Proteste entstanden sind. Aber seit der letzten Ausschusssitzung sind Sie bis heute in der Frage ganz ruhig geblieben. Was ist los? Haben Sie resigniert? Wollen Sie auf einmal für besonders betroffene Kommunen nichts tun? Oder war das Ganze nur Polittheater Ihrerseits für die Öffentlichkeit?

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmes [CDU]: Reden Sie doch zur Sache!)

Meine Damen und Herren, wenn Ihre Proteste keine Sonntagsreden waren, dann möchte ich Sie auffordern: Stimmen Sie doch unserem Antrag auf Härteausgleich zu! Zusammen bringen wir doch eine Mehrheit in diesem Hause zustande. Damit könnten wir dann den ganz besonders stark betroffenen Kommunen helfen. Sie müssen es nur wollen. Wir sind dazu bereit.

Ein Entschuldungsfonds in Höhe von 350.000 Millionen €, der hier auch angesprochen wurde, kann bei etwa 20 Milliarden € an Kassenkrediten wahrlich nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Deshalb haben wir auch dazu einen Änderungsantrag gestellt. Wir wollen ihn auf 500 Millionen € aufstocken. Unabhängig davon hoffe ich, meine Damen und Herren, dass wir tatsächlich auch von Entschuldungshilfe reden und nicht davon, dass wir Zwangskriterien und Auflagen für die Kommunen aufbauen, ähnlich wie es beim IWF der Fall ist. Ich glaube, das wird nicht dienlich sein.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Zustimmung von Christian Weisbrich [CDU])

Im Sinne der Kommunen und vor allen Dingen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger: Kommen Sie zur Besinnung! Steuern Sie um! Hören Sie auf, Kürzungsorgien auf die kommunale Ebene zu verlagern! – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Manfred Palmes [CDU]: So ein Unsinn!)

Ganz kurz zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin. Herr Michalowsky ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Demirel, es ist eigentlich unüblich, dass Rednerinnen und

Redner, die gerade in der Sache gesprochen haben, zur Geschäftsordnung reden.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Dann möchte ich das zu Protokoll geben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Wenn Ihre Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag stellen möchte, dann bitte ich Sie, dass dies ein anderer Kollege tut.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Okay.

(Zurufe von der CDU: Schlecht abgestimmt! – Die wissen nicht, was Sie sagen sollen!)

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es handelt sich eigentlich um eine Protokollerklärung. Ich glaube, das kann die Kollegin selbst machen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Michalowsky, vielen Dank. – Das war kein Geschäftsordnungsantrag. Sie müssten bitte klären, welche Qualität das, was noch gesagt werden soll, hat und nach welchem Paragraphen unserer Geschäftsordnung dies erfolgt.

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich trage das schon gerne vor, wenn es zu Protokoll ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Nein. Das würden Sie dann bitte erst einmal klären. Ich hatte Ihnen das Wort für einen Geschäftsordnungsantrag gegeben, und ein solcher ist es offensichtlich nicht.

(Unruhe von der LINKEN)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, stelle ich fest, dass die Fraktionen noch Redezeit haben, mir aber keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Somit schließe ich die Beratung zum GFG 2011.

Entgegen des heute Vormittag mitgeteilten Verfahrens kommen wir nun doch zu einer Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz, nämlich über eingereichte Änderungsanträge.

Ihnen liegt ein von der Fraktion der CDU eingereichter Änderungsantrag Drucksache 15/1746 vor. Dieser Änderungsantrag bezieht sich lediglich im letzten Abschnitt in seinen Ziffern 4 und 5 auf das Gemeindefinanzierungsgesetz. Über diese beiden Ziffern können wir im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz abstimmen. Die CDU hat getrennte Abstimmung über die beiden Ziffern beantragt. Für die Teile des Antrags, die sich auf das Haushaltsgesetz insgesamt beziehen, werden die inhaltliche Befassung und Abstimmung morgen

am Schluss der Beratungen zum Haushalt insgesamt erfolgen.

Ich rufe – erstens – zur Abstimmung den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/1746** auf, hier die Ziffer 4 des beschlussempfehlenden Teils. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer Enthält sich? – Die Fraktion der FDP. Damit ist die **Ziffer 4** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe – zweitens – denselben Änderungsantrag, diesmal die Ziffer 5 im letzten Abschnitt, auf. Wer dieser Ziffer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer Enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist auch die **Ziffer 5** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe – drittens – den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1747** auf. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich rufe – viertens – den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1748** auf. Wer diesem seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt – fünftens – zur Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksachen 15/1002 und 15/1354 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 15/1717. Wer möchte dem seine Zustimmung erteilen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer Enthält sich? – Niemand. Bei Nichtteilnahme der Fraktion Die Linke an dieser Abstimmung

(Unruhe und Lachen von der CDU und von der FDP)

ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis die **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1717 angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz** entsprechend **verabschiedet**. Die Rücküberweisung wird morgen am Schluss der Haushaltsdebatte insgesamt erfolgen.

Wir verlassen damit den ersten Teil, die Beratung über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03 Ministerium für Inneres und Kommunales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 15/1703 hin, eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Kollegen Kruse für die CDU das Wort.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganz ohne Frage stehen wir in Zeitabläufen dramatischer Veränderungen. Die politische Lage ist so krisenhaft wie selten.

Wir sind uns sicher einig darin, dass es keinen Königsweg gibt und niemand ein Patentrezept hat, wenn es um Antworten geht zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung, zur Zukunft unseres Sozialstaats, zu den Staatsschulden und der Finanzkrise, um nur diese Beispiele zu nennen. Vor dem Hintergrund der uns bekannten Ereignisse, die nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik bleiben – siehe die Katastrophe in Japan und die Aufstände in der arabischen Welt –, empfiehlt es sich aus meiner Sicht, die zentralen Aufgaben des Staates in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

Sie, Herr Minister Jäger, und die Sie tragenden Fraktionen haben die Zuständigkeit und die Verantwortung für die innere Struktur, für die innere Ordnung und somit auch für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, dem, gemessen an seiner Einwohnerzahl, größten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Themenbereiche Inneres und Recht sind – wer würde dies bestreiten? – in einem freiheitlichen Rechtsstaat und in einer parlamentarischen Demokratie von fundamentaler Bedeutung. In der 89 Seiten starken Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom vergangenen Jahr umfassen diese zentralen Aufgabenstellungen gerade einmal fünfzehn Seiten, zu denen an anderer Stelle Ausführungen zum Aufenthaltsrecht, zur sogenannten Altfallregelung kommen. Überwiegend handelt es sich bei den Aussagen um Allgemeinplätze, oder aber die Vereinbarungen sind so unpräzise, dass außerordentlich viel Interpretationsspielraum bleibt.

Ihre Ausführungen und Erläuterungen, Herr Minister, zu den Vorhaben der Landesregierung in der 15. Wahlperiode in den Innenausschusssitzungen vom 7. Oktober und vom 4. November des vergangenen Jahres haben für die CDU-Fraktion nicht erkennen lassen, dass die Innenpolitik einen Schwerpunkt dieser Landesregierung bildet. Dies ist umso

bedauerlicher, da wir gerade in unserem Bundesland vor erheblichen Reformnotwendigkeiten stehen.

Der vorliegende Einzelplan 03 zum Gesetzentwurf der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2011 leistet ebenfalls keinen Beitrag, den verfassungsmäßigen Vorgaben zu entsprechen. Die Regierungsseite hat sogar in der vorletzten Innenausschusssitzung die Auffassung vertreten, der vorliegende Entwurf entspräche der Verfassung und man würde keinen Änderungsbedarf für einen neuen Entwurf sehen.

Wir halten Ihre Bewertung und Ihre Vorgehensweise, Herr Minister Jäger, für unverantwortlich – und dies gleich zu Beginn einer neuen Periode, wo man doch alle Möglichkeiten hätte, Veränderungsbereitschaft zu dokumentieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Situation der öffentlichen Haushalte ist dramatisch. Wenn mehr als 60 % der Steuereinnahmen und mehr als 40 % der Gesamtausgaben für Personal verwendet werden, sind weitreichende Reformen unverzichtbar, will man den Bankrott in Nordrhein-Westfalen vermeiden.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister Jäger, welche Anstrengungen unternehmen Sie in Ihrer Zuständigkeit, um dem Gebot der Haushaltskonsolidierung zu entsprechen? Wir teilen als CDU-Fraktion Ihre Einschätzung, dass die Polizei insgesamt verstärkt werden soll und dass wir langfristig ausgerichtete Personalentwicklungskonzepte bei der Polizei benötigen. Aber im Unterschied zu Ihnen sagen wir ebenso klar, dass die Staatsaufgaben auf Kernaufgaben beschränkt und notwendige Stellenzuwächse bei der Polizei durch Stellenreduzierungen in anderen Bereichen erwirtschaftet werden müssen.

(Thomas Stotko [SPD]: Wo denn?)

Das muss bei einem Stellenplan von ca. 325.000 und ca. 410.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes möglich sein. Die rot-grüne Minderheitsregierung betreibt das Gegenteil und liefert aus unserer Sicht im negativen Sinn den Beleg dafür, dass man trotz riesiger Verschuldung nicht in der Lage ist, Bürokratien abzubauen.

(Beifall von der CDU)

Wie ein roter Faden im wahrsten Sinne des Wortes zieht sich durch Ihre Koalitionsvereinbarung der Ruf nach mehr Staat und somit einer kostenfressenden Staats- und Sozialbürokratie. Sie unterliegen einer Staatsgläubigkeit, die nicht zukunftsfähig ist. Wider besseres Wissen, Herr Minister Jäger, machen Sie hier mit, obwohl Ihnen klar ist, dass wir Lösungen brauchen, die weniger Staat bedeuten und durch die die bürgerliche Eigenverantwortung gestärkt wird.